

LATINAMERIKA / Drogen

# USA und Mexiko sagen Drogenkartellen den Kampf an

Härteres Durchgreifen vereinbart – Vor „Gipfel der Amerikas“ in Trinidad zeichnet sich auch Tauwetter zwischen Kuba und USA ab

Mexiko-Stadt (AP/Adp) – Mexiko und die USA haben den Drogenkrieg gemeinsam den Kampf angesagt. Die Präsidenten beider Länder, Barack Obama und Felipe Calderón, vereinbarten in Mexiko-Stadt, einen Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Einmalig verstärkte Zusammenarbeit. Dafür sollen beide Regierungen durch neue Gesetze die rechtliche Grundlage schaffen.

Die US-Präsident war unter scharfen Sicherheitsvorkehrungen zu einem ersten Lateinamerika-Besuch in Mexiko gekommen. Thema: seine Gespräche mit Calderón waren neben dem Kampf gegen die Drogenkriminalität die wichtige Einwanderung in die USA und der Handel zwischen den Ländern.



Märk auf Ciudad Juárez (Mexiko): Der Friede bricht, nicht und endet mit – und die Konkurrenz schläft nicht. Bildung haben zwischen Mexiko und den USA unterschiedliche soziale Bedingungen geherrscht. Das soll jetzt ein Regel gesprochen werden. Foto: AP

Es sei „absolut entscheidend“, dass sich die USA als vollwertiger Partner“ erbrachten, sagte Obama in Mexiko. „Wir haben auch unsere eigenen Teil der Arbeit erledigt.“ Die USA hätten ihre Drogen- und Razzienaktionen im eigenen Land durchgeführt. Zugleich gehe es, den Plan von Obama und Calderón um 90 Prozent der in Mexiko sichergestellten Stellen einzusetzen. Die USA sei der Waffen- und Geldtransport über die mehr als 3000 Kilometer lange Grenze stoppt werden.

Mexiko Sicherheitskräfte haben sich seit Jahren blutige Kämpfe mit den Drogenkartellen, die auch in den USA aktiv sind. Seit Anfang 2008 starben in Mexiko 7000 Menschen bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Kartellen und Sicherheitskräften. Obama will den US-Sektor zur Raffinerie eines Abkommens gegen Waffenhandel bewegen. Das heißt, hindere Abkommen, auf das sich die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) 1997 geeinigt hat, richtet sich gegen die Lieferung von Waffen und Munition an Drogenhändler. Die USA gehören zu den wenigen OAS-Mitgliedsländern, die den Vertrag nicht ratifiziert haben. Obama und Calderón sprechen auch über den Ausbau der

Wirtschaftskooperation. Mexiko benötigt amerikanische Investitionen, und die USA benötigen die mexikanischen Arbeitskräfte, sagte Calderón. Obama versprach eine Reform der US-Einwanderungspolitik. Ein Großteil der 12 bis 14 Millionen illegalen Einwanderer in

den USA stammt aus Mexiko. Als Reaktion aus die Wirtschaftspolitik begannen die US-Beziehungen Ende 2008 die „Indoamerica“-Verträge in ihre Heimatländer zurückzuführen. Die der US-Beziehungen in Mexiko-Stadt versammelten sich indes viele Menschen, um

für mehr Rechte der Gastarbeiter in die USA einzutreten. Von Mexiko wird Obama zum fünften Gipfel der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) der am Freitag im Karibikstaat Trinidad und Tobago beginnt, unterbreiten. Einmalig sind alle Staaten des Kontinents mit Ausnahme Kubas, dessen OAS-Mitgliedschaft 1962 auf Druck der USA ausgesetzt worden war. Bei dem Treffen soll es um wirtschaftliche Zusammenarbeit, den Kampf gegen die Weltwirtschaftskrise und Sicherheitsfragen gehen. Thema dürfte auch die künftige Rolle Kubas in der amerikanischen Staatengemeinschaft sein.

Eine Reihe lateinamerikanischer Staaten wollen sich für die Rückkehr der OAS in die OAS stark machen. Obama hatte gesagt, die „Mentalität der Kalten Kriege“ hinter sich lassen und ein „Aufleben“ in den Beziehungen erreichen zu wollen. Der kubanische Staatschef Raúl Castro sagt in venezolanischen Caracas, Kuba sei offen für Gespräche mit den USA, aber alles, worüber sie reden wollen.“ Dabei könne es auch um Menschenrechte, Pressefreiheit und politische Gefangene gehen.

Bedingt ist es jedoch, dass die Gespräche bei gleicher Atmosphäre stattfinden, sagte Castro auf einem Treffen in Caracas. Die OAS sei ein „Instrument der bilateralen Alternative für unser Amerika“, die Obama als „Angebot zu einer von den USA geführten amerikanischen Partnerschaft“ empfing hatten.

## MINDERHEITEN IN EUROPA



Kenneth Myrli hat sich für die schwedischsprachige Tageszeitung „Vasabladet“ die Auswägungen der Verfassungen der finnland-schwedischen Minderheit beschäftigt.

### „Mehr Verständnis nötig“

„Vasabladet“-Redakteur zu Schwedisch-Problem

Helsingfors/Helsinki – Kenneth Myrli, der Autor einer Artikelreihe über die Probleme, die sich durch die Verfassungsreform für die finnland-schwedische Minderheit ergeben, ist seit 1998 Mitarbeiter der Tageszeitung „Vasabladet“.

Die Umbildung der Minderheiten- und der Sprachrechte bildet ein zentrales Element der finnischen Journalistik-Tätigkeit.

„Herausgabe haben viele Menschen in dem ich die bekannteste finnische Modell-Land mit zwei offiziellen Sprachen sind früher im Ausland als bilingual und gut bewacht werden kann“, sagt Myrli.

Ich habe jedoch, das es erhalten bleibt. Dazu ist aber ein mehr Verständnis erforderlich. Zwar möchte es bislang dazu nicht, aber man ist mit Zeit etwas verunsichert, ob wir dann nicht in Zukunft reuen können.“

Myrli meint, dass die Artikel, die sich mit sprachpolitischen Fragen befassen, von besonderer Wichtigkeit sind: „Die Mutter Sprache und ihre Benutzung ist für die Finnland-schwedischen von sehr großer Bedeutung. Für mich wenig von ihnen zählt die schwedische Sprache zu den Grundbedürfnissen.“

Helsingfors/Helsinki – Über den politischen Hintergrund der jetzigen Verwaltungsreform, die von der finnischen Regierung in der Vergangenheit ist, hat „Vasabladet“, die finnland-schwedische Tageszeitung von Artikelreihe veröffentlicht. Die Umstrukturierung bedroht die Gemeinsamkeit der finnland-schwedischen Schwedischsprachigen in Finnland negativ. Die Zeitung betont, dass die heutigen Prozesse in der Verfassungsreform vor sich Jahren werden.

Von Lancelo Vinca (Mit)

Wie in den „Debetoren“-Merkmalen berichtet wurde, werden in Finnland zuerst mehrere Bereiche der Verwaltung umstrukturiert.

Die schwedische Sprache wird dadurch geschwächt: Seit Jänner gibt es keine Publikationen der schwedischen Art. Beispielsweise mehr, sie wurden in zweisprachige Review integriert. Auch die Gerichte sind schwedischsprachige Arbeitsgruppen sind von der Reform ähnlich betroffen. Auch die schwedischsprachigen Gerichte, in Zukunft nur noch eines. Außerdem werden mehrere staatlichen Behörden von dem zweisprachigen Vasa/Väsa in dem schwedischsprachigen Wohnort Stadt Seinäjoki verlegt, was nicht nur das Niveau

# Reform bedroht Finnland-Schweden

Finnland setzt Verfassungsreform um – Schwedische Minderheit – Sprache geschwächt



In jenen Gebieten, wo Schweden leben, hat Finnland eine verbleibende Zweisprachigkeit aufgehoben. Foto: AP

Die schwedischsprachigen Dienstleistungen, sondern auch die bis jetzt von den Schwedischsprachigen besetzten Stellen gefährden kann.

Obwohl die schwedische Volkgruppe nur 3,5 Prozent der Bevölkerung Finnlands ausmachen, ist das Schwedische die zweite offizielle Sprache des Landes. Artikel 17 der finnischen Verfassung von 1919 enthält eine Satzung über den territorialen Schutz des sprachlichen Charakters der Verwaltungsstellen. Demnach sollte bei jeder Maßnahme, die sich auch auf die Verwaltung auswirkt, die sprachliche Zusammensetzung der Verwaltungsstellen berücksichtigt werden. Der Staat sollte die Maßnahmen so durchführen, dass dabei nicht die Sprachen in Minderheiten geborgen werden.

Finland hat nämlich 1905 das Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten des Europäischen Übereinkommen und 1998 in die Kräfte gesetzt. In dem ist Artikel dieses Rahmenabkommens heißt es: „Die Vertragsparteien sollen von Maßnahmen ab, die das Bevölkerungswachstum in von Angehörigen nationaler Minderheiten besetzten Gebieten vermindern und darauf gerichtet

ist, die Rechte und Freiheiten einzuwickeln, die sich aus den in diesem Rahmenabkommen niedergelegten Grundsätzen ergeben.“

In einem finnischen Bericht an den Europarat von Februar 1999 ist die finnische Verfassung von 1919 geändert worden. Obwohl die neue Verfassung, die das Privatrechtliche des Schwedischen Schützes der Sprachen nicht mehr enthält, seit ein Jahr 2009 in Kraft trat, war die Vorbereitung der neuen Verfassung zur Zeit der Einführung des Beschlusses bereits in Gang.

„Vasabladet“ zufolge wirft der Bericht, den Helsinki den Europarat geschickt hat, moralische Bedenken auf auch vor finnische Außenministerin zwischen 1995 und 2006 Tarja Halonen, die jetzt Staatspräsidentin ist.



Das schwedische Staatsgebiet in Helsingfors/Helsinki Foto: AP